



Stadtmacherinnen und Stadtmacher II

INTERMEDIÄRE UND STADTGESTALTERISCHE ZWISCHENRÄUME

Ausgehend vom Konzept der Intermediarität (Beck/Schnur 2016) stehen mit den Stadtmacherinnen und Stadtmachern diejenigen Akteure im Fokus, die „zwischen“ kommunalen/staatlichen Institutionen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft als „intermediäre Akteure“ vermitteln, zivilgesellschaftliche Netzwerke bespielen und über konkrete Debatten und Projekte umsetzungsorientiert an der Koproduktion von Stadt mitwirken (vgl. Beck u.a. 2017, S. 1 ff.). In diesem Feld vielfältiger intermediärer Akteure stehen die Stadtmacherinnen und Stadtmacher für einen neuen Typus: die „Neointermediären“. Als Pioniere einer neuen Variante von Urban Governance agieren sie zwischen den formellen, reglementierten und rechtlich gerahmten Verfahren des Urban Governments und Kooperationsstrukturen, die in weiten Teilen noch informeller Natur sind und sich erst Schritt für Schritt zu formellen Schnittstellen zwischen aufstrebenden und etablierten Akteuren der Stadtentwicklung und kooperativen bzw. kollaborativen Verfahrenskonstellationen entwickeln. Das intra- und interorganisationale Strukturmodell der Neointermediären ist überwiegend bottom-up strukturiert (vgl. Beck/Schnur 2016, S. 48), knüpft an Kooperationsmodelle mit flachen Hierarchien wie Do-Cracy oder Soziokratie an (vgl. BBSR 2020, S. 24 ff.) und ist stark mit der Digitalisierung verbunden, weil diese die technische Infrastruktur für die bottom-up-Organisation dieser Initiativen bietet (vgl. Petrin 2015, S. 79).

Urban Governance besitzt im Kontext des Stadtmachens prinzipiell zwei Kooperations-Dimensionen: die horizontale und die vertikale Dimension. Bei vertikalen Kooperationen gehen Stadtmacher-Initiativen gezielt auf Akteure in Politik und Verwaltung zu, um Unterstützung für ihr Projekt zu erlangen. Dabei begegnen ihnen je nach lokaler politischer Kultur und auf den sich überlagernden vertikalen Ebenen unterschiedliche Kooperations-Qualitäten. Kooperation und Konfrontation liegen hier oft nah beieinander. Speth/Becker (2016) haben hier den Begriff der „konfrontativen Kooperation“ geprägt. Dabei besitzen vertikale Kooperationen Win-Win-Potenziale auf beiden Seiten: Sie bieten Akteuren aus Politik und Verwaltung Knowhow zu fachlichen Themen und Zugänge zu Milieus, die über klassische Verfahren nicht immer einfach zugänglich sind. Stadtmacher-Initiativen können Zugänge zu Verfahren oder Förderungen erhalten und perspektivisch politische Unter-

stützung für eigene Ziele und Forderungen gewinnen (vgl. Gesemann u. a. 2017).

Neointermediäre Mit den Neointermediären ist im Kontext von Postmoderne und Netzwerkgesellschaft ein Akteurstypus entstanden, der jenseits finanzstarker, etablierter oder mitgliederstarker Verbandsstrukturen [...] in Form flexibler Netzwerke praktisch, anlassbezogen und zivilgesellschaftlich orientiert agiert. Über Social Media, Communitys und Follower, über ihre Anbindung an die modernen, kreativen Milieus und deren Lebenswelten, über ein Gespür für Konflikte, Herausforderungen und Entwicklungschancen sind sie in der Lage, Lösungs- und Handlungsansätze zu entwickeln und diese als netzwerkartige Akteurskoproduktionen in der Stadt umzusetzen.“ (Beck 2019, S. 126 f.)

In den horizontalen Netzwerken des Stadtmachens agiert eine breite Palette von etablierten Institutionen wie Hochschulen, Stiftungen, Wirtschaftsunternehmen, Kirchengemeinden und freien Trägern (vgl. ebd.). Hinzu kommen die seit einiger Zeit entstehenden Stadtmacher-Netzwerke (vgl. Tabelle 1 in vhw werkSTADT Nr. 51) bis hin zu neuen Akteuren, die mit Methoden des Crowdsourcings und Crowdfundings arbeiten (vgl. Petrin u.a. 2020), oder den Raumagenten (wie etwa die Zwischenzeitzentrale Bremen oder die LokalBau Plattform Berlin), die zivilgesellschaftliche Initiativen bei der Erreichung ihrer Entwicklungsziele mit Expertise und Netzwerkkontakten unterstützen (s. a. BBSR 2020, S. 123). Diese horizontalen Netzwerke sind Unterstützungsnetzwerke, die Stadtmacher-Initiativen bei der Bewältigung von konkreten Aufgaben und Herausforderungen helfen (und entlasten können) – gleichzeitig können sie auch als übergeordnete Lobby agieren und die Initiativen in ihren vertikalen Netzwerken unterstützen. Es liegt nahe, hier von einem „Feld des Social Entrepreneurships“ zu sprechen, das sich über vielfältige professionelle und semiprofessionelle Akteure und Netzwerke konstituiert, die aktiv das Handeln von Stadtmacher-Initiativen unterstützen und auch selbst aktiv die Debatte über das Stadtmachen mitgestalten und weiterentwickeln. Die Grenzen zwischen einzelnen Stadtmacher-Initiativen und diesem Feld des Social Entrepreneurships sind fließend und lassen sich



Abb. 1: Grafik Hamann, Hörster, Rohr 2018, S. 55

nicht konturscharf benennen, weil die Einzelakteure selbst „viele Hüte“ tragen und sich vielmals in unterschiedlichen Rollen und Funktionen wiederfinden. In der Gesamtschau zeigt sich hier ein kreatives und kompetentes Gestaltungspotential, das vielerorts auch vice versa seitens Politik und Verwaltung gezielt und selbstverständlich als „Impulsgeber“ für eine moderne Stadtentwicklung wahrgenommen und in Teilen auch bereits als solche gefördert wird (vgl. Ring et al. 2013, Ferguson/Urban Drift Projects 2014). Urbane Festivals wie Make City, Creative Bureaucracy, die Experimentdays, Urbanize, die Raumkonferenz oder der Tag des guten Lebens haben sich zu entsprechenden Inkubatoren eines solchen Stadtentwicklungsverständnisses entwickelt, bei dem es um partnerschaftliche kooperative bzw. kollaborative Lösungsansätze zwischen Stadtmacherinnen und Stadtmachern, Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und wirtschaftlichen Akteuren geht.

Schnittstellen zu formellen Verfahren und etablierten Akteuren der Stadtentwicklung

Die formellen und informellen Kooperationen des Stadtmachens zeigen Möglichkeiten für strukturelle Veränderungen und neue Schnittstellen mit etablierten Stadtentwicklungsakteuren auf, insbesondere in Bezug auf Kooperationen mit Politik und Verwaltung

(vgl. Gesemann u. a. 2017). Stadtmacherinnen und Stadtmacher handeln dabei oft im Rahmen informeller Strukturen und Absprachen.

„No trust, no city“ (Raumlabor 2008, S. 11), so hat es Matthias Rick vom Berliner Planungskollektiv Raumlabor 2008 treffend auf den Punkt gebracht. Diese unorthodoxe, auf Vertrauen, Anerkennung und Augenhöhe beruhende Handlungslogik avanciert dann zum Paradigma zivilgesellschaftlicher urbaner Netzwerkarbeit. Seitens der Stadtmacherinnen und Stadtmacher wird dabei immer mehr Verbindlichkeit eingefordert (vgl. Hermann/Walz/Wiesemann 2018). Dazu zählt die Formalisierung von Schnittstellen mit der Verwaltung über entsprechende Austauschformate (z. B. Koordinierungsstellen, Runde Tische, Hearings etc.), die Auslobung von finanziellen und vor allem von organisatorischen Ressourcen für zivilgesellschaftliche Initiativen (niedrigschwellige Projektfonds, Ansprechpersonen auf Verwaltungsseite), vor allem aber eine Anerkennung als Partner auf Augenhöhe (Code of Conduct).

Auf der Ebene von „Best Practices“ bestehen vielerorts Erfahrungen in Bezug auf gelingende Kooperationen mit Stadtmacherinnen und Stadtmachern (am Beispiel von Willkommensinitiativen: vgl. Gesemann u. a. 2017). Es fehlt momentan noch an einem aktiven Austausch der jeweiligen Akteure untereinander im



Abb. 2: Augenhöhe ist beim Stadtmachen nicht immer selbstverständlich, Grafik: Kellner 2018

Sinne eines entsprechenden Wissensmanagements auf kommunaler wie auch auf interkommunaler Ebene. Es gibt jedoch bereits erste Ansätze, um hier Abhilfe zu schaffen. Zum Beispiel zielt der Bundespreis kooperative Stadt darauf ab (<https://koop-stadt.de>), und auch auf Seiten der Stadtmacherinnen und Stadtmacher gibt es diesbezüglich Handlungsvorschläge: So wurde im Kontext der Ko-Forschung der Urbanen Liga (<https://urbane-liga.de>) der „Kodex Kooperative Stadt“ formuliert, der Konturen eines „Code of Conduct“ gelingender Kooperationen zwischen stadtgestaltenden Initiativen und etablierten Stadtentwicklungsakteuren benennt. Dazu zählt allem voran die Anerkennung von Stadtmacherinnen und Stadtmachern als legitime Kooperationspartner der Stadtentwicklung; gleichzeitig werden spezifische organisatorische Optimierungsmöglichkeiten in der Zusammenarbeit mit der Verwaltung benannt, wie etwa beim Nutzungszugang für Räumlichkeiten, der Zugänglichkeit von Informationen über im Grundbuch eingetragene Eigentumsverhältnisse bzw. verlässlicher Fördermittel für soziokulturelle Aktivitäten des Stadtmachens.

Viele gute Beispiele aus dem Spektrum möglicher gelingender Kooperationsformen an der Schnittstelle zur Verwaltung, über die Einfluss auf die Entwicklung der Stadt genommen werden kann, finden sich zudem in dem 2020 erschienenen Glossar zur gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung (BBSR 2020) in der Rubrik „Stadtpolitik“ (ebd., S. 15 ff.). Von „Protest“ und „Impuls“ über „Reaktion“ bis „Kooperation“ werden dort exemplarisch 24 entsprechende Formate vorgestellt, in deren Rahmen Kooperationen zwischen Zivilgesellschaft und Kommunalverwaltung vielerorts bereits stattfinden.

Zwischen Pragmatismus und Politik: Stadtmachen als Transitdemokratie

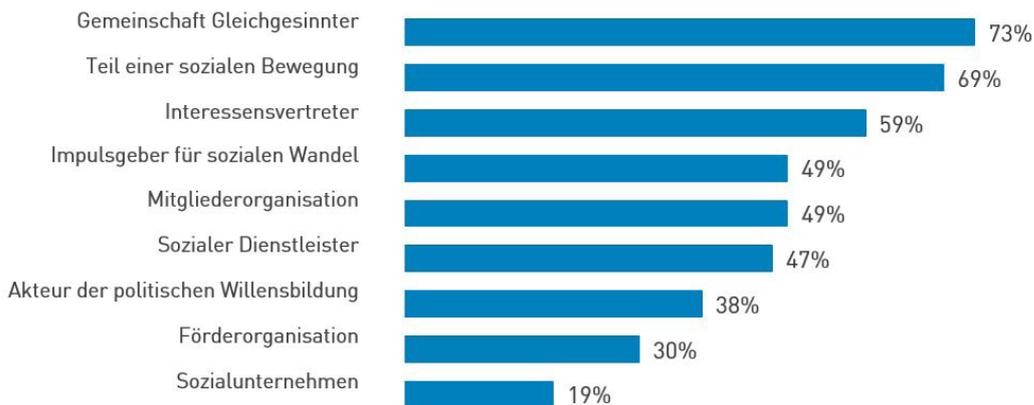
„Stadtmacher“ zu sein kann sich auch zu einem stärker politischen Selbstverständnis als Stadtentwicklungsakteur weiterentwickeln. Die Grenze zwischen Social Entrepreneurship und politischem Selbstverständnis als Stadtentwicklungsakteur ist allerdings stets umkämpft, auch intra- bzw. inter-organisationell. Es schlagen quasi zwei Herzen in der Brust von Stadtmachenden. Eine Umfrage bei Willkommensinitiativen – deren Ergebnisse sich bis zu einem gewissen Grad auch auf andere Stadtmachende übertragen lassen – zu ebendieser Frage blieb 2018 zweideutig (vgl. Gesemann u. a. 2019): eine Mehrheit versteht sich als Interessenvertreter oder Teil einer sozialen Bewegung, die etwas „machen“ will und nur ein gutes Drittel versteht sich als Akteur der politischen Willensbildung, als Akteursgruppe, die sich explizit politisch engagieren möchte (vgl. Tabelle 1). Das Einfordern von Mitwirkung an politischen Entscheidungsprozessen lässt sich daher nicht als generelles Merkmal des Stadtmachens postulieren – auch wenn dies gelegentlich so dargestellt wird (vgl. BBSR 2020, S. 131).

Es bestehen viele lose Enden zwischen dem Stadtmachen und der Politik. Vertreterinnen und Vertreter politischer Parteien sind häufig Mitglieder oder Sympathisierende von Stadtmacher-Initiativen. Die Aktiven von Stadtmacher-Initiativen entwickeln sich vereinzelt auch selbst zu politischen Akteuren, indem sie auf den Listen etablierter Parteien für lokale Gremien kandidieren oder sogar eigenständig politische Parteien gründen (wie die „Stadlisten“ in Stuttgart, „MehrwertStadt“ in Erfurt oder „DIE aNDE-RE“ in Potsdam) und mit diesen Parteien für lokale Gremien kandidieren. Diese aktive Besetzung von politischen – und in der Folge ebenso administrativen Funktionen – wird als „neuer Munizipalismus“ (vgl. BBSR 2020, S. 95) thematisiert, in dessen Kontext Stadtentwicklungspolitik nicht nur über Lernprozesse, sondern eben auch durch die Übernahme politischer Macht verändert wird.

Viele Stadtmacher-Initiativen bespielen in der Praxis zudem direktdemokratische Instrumente – wie Volksbegehren oder Volksentscheide. Stadtmachen ist unter dem Strich ein Element lokaler Demokratie. Es knüpft an unterschiedliche demokratische Modi an, wie etwa die Engagement-Demokratie, die

Wie würden Sie das Selbstverständnis Ihrer Initiative* beschreiben?

Wir verstehen uns als...



* Stichprobe: 137 Willkommensinitiativen aus 47 Städten in Deutschland; spiegelt die Bedingungen von ca. 7.500 Mitgliedern sowie eines mobilisierungsfähigen Umfelds von ca. 17.000 weiteren Personen wider. Erhebungszeitraum: 28.8.-31.10.2018 (online); Quelle: Gesemann u. a. 2019 ©

Abb. 3: Selbstverständnis der Initiativen

Protest-Demokratie, die direkte Demokratie, verschiedene Urban Governance-Varianten und – wie gerade skizziert – in Teilen auch an die repräsentative Demokratie (vgl. Roth 2015). Konrad Hummel hat hier in Bezug auf die entsprechenden Schnittmengen von Initiativenarbeit, parlamentarischer und direkter Demokratie den Begriff der „Transitdemokratie“ (Hummel 2013, S. 2) geprägt. Er bezieht sich damit auf die Beobachtung, dass die formale (repräsentative) Demokratie zusehends schwächer wird – etwa im Ringen mit starken wirtschaftlichen Stakeholdern – und parallel informelle zivilgesellschaftliche Gestaltungsprozesse immer wirksamer werden: „Hier [...] hat längst ein [...] Übergang stattgefunden, der Demokratie zu einem Element innerhalb der Stadt- und Zivilgesellschaft macht“ (ebd.). Er weist aber auch darauf hin, dass diese informellen netzwerkartigen Querbezüge „Widerstand der Eliten, Besitzstandswahrer und Verunsicherten hervor[rufen]“ (ebd., S. 7) und Transitdemokratie „nur begrenzt als bereichernde Demokratie wahrgenommen [wird]“ (ebd.).

Festzuhalten bleibt: Stadtmacherinnen und Stadtmacher sind keine gewählten Vertreter der repräsentativen Demokratie (vgl. Beck/Schnur 2016, S. 93 ff.). Sie stehen für Initiativen, die manchmal aus Einzelpersonen bestehen, meistens aber über einen „Inner Circle“ von Aktiven und je nach Rechtsform (wie Vereine, Genossenschaften, Stiftungen, gGmbHs

etc.) über Mitglieder verfügen. Darüber hinaus verfügen sie z. B. über Social Media Accounts, aber eben auch über analoge Face-to-face-Bekanntschaften und -Netzwerke, über eine gewisse Zahl an Followern und Netzwerkpartnerinnen. Stadtmacher können mobilisieren. Wenn sie (lokale) öffentliche Debatten initiieren oder mitbestimmen können, ist diese Mobilisierungsfähigkeit beizeiten sogar sehr hoch. Sie bleiben in Bezug auf die repräsentative Demokratie aber stets Vermittelnde zwischen Bürgerinnen und Bürgern und gewählten Vertreterinnen und Vertretern.

Die lebenswerte Stadt als Handlungsmotiv des Stadtmachens

Das Stadtmachen steht auch im Kontext eines Wandels grundlegender Ideale des Urban Designs, der sich an dem von Jan Gehl (2015) veröffentlichten Schlüsselwerk „Städte für Menschen“ festmachen lässt. In Bezug auf die heutige vielerorts präsente städtebauliche Situation konstatiert er: „Begrenzter Raum, Hindernisse, Lärm, Luftverschmutzung, Unfallrisiken und generell entwürdigende Lebensbedingungen sind typisch für die meisten Großstädte der Welt“ (ebd., S. 14). Im Hinblick auf Architektur und Urban Design rückt er den Menschen als Maß der Dinge in den Mittelpunkt: „Gute Architektur geht nicht in Gestalt auf [...]. Sie ist das Dazwischen von Leben und Gestalt [...]. Letztendlich kommt es

auf das Leben in und zwischen den Gebäuden an. Denn das ist entscheidend für die Lebensqualität des Homo sapiens“ (Gehl 2016). Auch Whyte (1980) verweist etwa in „The Social Life of Small urban Spaces“ auf die Relevanz von Begegnungsmöglichkeiten im Kontext von Urban Design. Gehls Werk greift diesen Ansatz auf. Es basiert u. a. auf Beobachtungen der italienischen Siedlungsstrukturen mit ihren belebten Straßen, Zwischenräumen und – autofreien – Piazzen und ist mittlerweile international rezipiert. Ein prominentes Beispiel für eine an seinen Prinzipien orientierte (Um-) Gestaltung von Stadt ist die fußgängerfreundliche Neukonzeption des New Yorker Time Square. In Deutschland findet Gehl ebenfalls weiten Anklang – er selbst bzw. Mitarbeitende seines Kopenhagener Büros sind in den letzten Jahren häufig geladene Diskussionsgäste.

Gehls Entwurfsvorlagen für ein menschliches Urban Design sind zukunftsweisend – seine Analysen in Bezug auf den Status Quo städtebaulicher (Fehl-) Planungen sind dagegen nicht grundlegend neu und lassen sich in die in den 1960er Jahren formulierte Kritik der städtebaulichen Ideale der Nachkriegszeit einreihen, wie etwa Jane Jacobs Werk „Tot und Leben großer amerikanischer Städte“ (1963) oder – mit Blick auf die Situation in Deutschland – Mitscherlichs „Die Unwirtlichkeit der Städte“ (1965). Denn auch wenn der Wiederaufbau in den 1950er und 1960er Jahren an den Idealen von Le Corbusier inspiriert war, der die menschliche Dimension zum Maß der Stadtplanung erhob, scheint im Ergebnis der Mensch als Maß verloren gegangen: etwa in Bezug auf das Leitbild einer autogerechten Stadt, Kahlschlagsanierungen in Altbaugebieten, standardisierten Wohnungsbau oder periphere Hochhaussiedlungen (vgl. Hotzan 2004 bzw. Haumann 2005). Mitscherlich (1965) kritisierte, dass eine solche moderne, funktionalistische Architektur zu toten Wohn- und Schlafstädten führt. Den Wiederaufbau nach 1945 betrachtet er letztlich als verpasste Chance. Sein Werk richtete er gegen die Mutlosigkeit, die Verhältnisse so hinzunehmen, wie sie sind. „Die Unwirtlichkeit der Städte“ von 1965 wurde zum Bestseller. Und tatsächlich erhöhte sich auch in den Folgejahren die Sensibilität vieler zu dieser städtebaulichen Problematik. Vielerorts wurden Bürgerinitiativen gegründet, wie etwa 1970 gegen die Immobilienspekulation im Hochhausneubau-Viertel Frankfurter

Westend. In den 1980ern folgten Hausbesetzungen, mitunter um entsprechend geplantem Kahlschlag entgegenzutreten. Mitscherlichs Werk inspirierte, wenn auch langsam, einen letztlich in den 1980er Jahren raumgreifenden städtebaulichen Paradigmenwechsel in Richtung einer behutsamen und strukturbewahrenden Planung (vgl. Haumann 2005, Englert 2008), der vielfache Anknüpfungspunkte für den Ansatz von Gehl bietet.

Gehls Leitbild einer für menschliche Bedürfnisse konzipierten Stadt besitzt ein vielversprechendes Potenzial, positiv auf die Lebensqualität in Städten einzuzahlen. Gleichzeitig birgt es das Risiko, dass entsprechende Aufwertungen – so sehr sie auch die urbane Lebens- und Aufenthaltsqualität steigern können – Gentrifizierungsprozesse vorantreiben. Gentrifizierung – im Sinne einer Verdrängung von Anwohnenden, der Veränderung des Nachbarschaftscharakters, einer sozialen Aufwertung durch Zuzüge und der damit einhergehenden Investition von Kapital (vgl. Holm 2014, S. 277 f.) – ist im Kern ein Prozess, der auf Aufwertungen und einem daraus resultierenden Ausschluss bestimmter Gruppen von der Teilhabe an urbanen Qualitäten basiert. Insbesondere Neil Smith (1996) macht darauf aufmerksam, dass solche Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse auf einer neoliberalen und klassenspezifisch ausgrenzenden Inwertsetzung der Ressource Stadt basieren. Viele Stadtmacher-Initiativen stellen sich dem im Kontext der Rechtauf-Stadt Bewegung explizit entgegen (vgl. Holm 2009), wie etwa auch die Initiative Deutsche Wohnen enteignen in Berlin.

In der Sache bleibt der Zusammenhang zwischen städtebaulichen Aufwertungsprozessen und Prozessen der Gentrifizierung ein Dilemma. Das gilt insbesondere, wenn solche Aufwertungsprozesse durch Praktiken des Stadtmachens induziert werden können und sollen. Stadtmacher-Initiativen haben dies allerdings oftmals bereits entsprechend im Blick (vgl. Schelle 2020), z. B. das Berliner Projekt Reallabor Radbahn, das sich zum Ziel gesetzt hat „dem Betonstreifen unter dem denkmalgeschützten Hochbahn-Viadukt auf der Strecke Oberbaumbrücke bis Bahnhof Zoo in Berlin neues Leben einzuhauchen“ (ebd.). Hier wird etwa explizit versucht, über aktive Teilnehmungsformate und einen interdisziplinär besetzten Projektbeirat soziokulturellen

Umwertungen und dem Verlust sozialräumlicher Identitäten im Kontext der Projektarbeit entgegenzutreten.

Neben dem Dilemma der Gentrifizierung spielt im Hinblick auf den öffentlichen Raum auch das Dilemma der „Kommunitarisierung“ (Petrin 2015) von Freiräumen eine Rolle. Petrin gibt zu bedenken, in wie weit es sich bei Stadtmacherinnen und Stadtmachern um eine sozialstrukturell privilegierte Gruppe handelt und in wieweit die Praktiken des Stadtmachens Abgrenzungsprozesse gegenüber anderen Gruppen bewirken, die nicht den Werten der Community entsprechen. Er thematisiert „unsichtbare Zäune“ durch Codierungen und Praktiken, die ebenso ausgrenzend wirken könnten wie Gated Communities und verweist auf die potenzielle soziale Selektivität der von Stadtmacherinnen und Stadtmachern initiierten Aneignungsprozesse, auch – und evtl. vielleicht sogar gerade – wenn dieses „Claiming Land“ (Rauterberg 2013, S. 146 f.) als Rückeroberung des (nachbarschaftlichen) Nahbereichs aus Sorge vor stadträumlicher Verdrängung intendiert ist.

Gehls Ansatz, „Städte für Menschen“ zu gestalten, bietet für das Stadtmachen zudem unter dem Begriff der „lebenswerten Stadt“ (s. a. Hellkötter/Menant 2016) einen zentralen Orientierungspunkt: „There is a critical mass of dedicated bottom-up city makers and entrepreneurs [...]; individuals and professionals that are dedicated to the common good and want to make a change towards liveable cities“ (ebd., S. 4). Die lebenswerte Stadt als Ziel kollaborativer Stadtentwicklung ist auch ein zentrales Paradigma des Placemakings, das viele wechselseitige Bezüge zum Konzept des Stadtmachens bietet (vgl. Project for Public Spaces 2020). In Rückgriff auf die Arbeiten von Jane Jacobs und William H. Whyte „about designing cities for people, not just cars and shopping centers“ (ebd.), hat u. a. das Project for Public Spaces in New York seit 1975 einen auf öffentlicher Partizipation basierenden Ansatz entwickelt („with community-based participation at its center“), wie Anwohnerinnen und Anwohner die öffentlichen Plätze ihrer Nachbarschaft attraktiver und lebendiger gestalten können. Tatsächlich entgrenzt sich dieser Ansatz zunehmend vom öffentlichen Raum und bezieht sich auf eine ganzheitliche Gestaltung der Stadt: „It helps [...] to reimagine everyday spaces, and to see anew the potential of parks, downtowns, waterfronts, plazas,

neighborhoods, streets, markets, campuses and public buildings“ (ebd.). Auch wenn „Placemaking“ als Tool mittlerweile auch von vielen Planern, Architekten und Entwicklern verwendet wird – dem Ansatz nach ist es ein dem Stadtmachen sehr verwandter lösungsorientierter kollaborativer Entwurf von Stadtentwicklung: „Experience has shown us that when developers and planners welcome this kind of grassroots involvement, they spare themselves a lot of headaches“ (ebd.).

Die Debatte um „Städte für Menschen“ und eine „lebenswerte Stadt“ besitzt zudem viele Bezüge zur Debatte um die große Transformation, zu den internationalen Nachhaltigkeitszielen, zu einer nachhaltigen Stadtgestaltung. Davide Brocchi (2017) hat hier den Begriff des „guten Lebens“ geprägt, um diese komplexe Thematik aus ihrer exklusiven akademischen Sprachlichkeit in eine inklusive Sprache zu übersetzen (vgl. ebd., S. 32).

Fazit

Unter Berücksichtigung des ersten Teils dieser werkSTADT (vhw werkSTADT Nr. 51 „Stadtmacherinnen und Stadtmacher. Impulse für ein gutes Leben in einer lebenswerten Stadt“, Berlin) lässt sich festhalten:

Das Engagement von Stadtmacherinnen und Stadtmachern zielt auf eine Inwertsetzung von Raum – primär im urbanen Kontext, allerdings auch darüber hinaus in Bezug auf weniger dicht besiedelte oder auch ländliche Gebiete. Diese zivilgesellschaftlichen Akteure engagieren sich dafür, gemeinsam mit anderen „selbst“ Stadt zu „machen“, sie für Nutzungen zu erschließen, zu gestalten und zu bespielen. Im Vergleich zu den unter den Begriffen der „Bürgerbeteiligung“ oder des „zivilgesellschaftlichen Engagements“ bekannten Partizipationsansätzen der Stadtentwicklung ist das Handeln von Stadtmacherinnen und Stadtmachern deutlich autonomer, praxis- und umsetzungsorientierter zu bewerten. Es zielt nicht nur auf eine konsultative Planung oder eine kooperative Zusammenarbeit an einzelnen Projektphasen hoheitlicher Stadtentwicklung, sondern auf eine „kollaborative“ Stadtentwicklung entlang vertikaler wie auch horizontaler Kooperationsstrukturen („bottom up“, „top-down“ und „cross-over“), die unter Einbringungen eigener Kompetenzen und

Ressourcen initiiert, begleitet und durchgeführt wurde und bei der sich im Ergebnis ein Stück Stadt sicht- und wahrnehmbar verändert.

Das Stadtmachen stellt sich als zivilgesellschaftlicher Beitrag zur Produktion von Stadt dar, der über die Initiierung und Begleitung von Debatten und Projekten aufzeigt, wie Stadt „anders“ gemacht werden kann: jenseits etablierter Handlungsansätze, mit Blick auf kreative, kooperative Lösungsansätze und in einer Orientierung an einer sozialeren, grüneren, nachhaltigeren Stadtentwicklung. Auf diese Weise werden Impulse für ein gutes Leben in einer lebenswerten Stadt gesetzt. Hier sind vielfältige Bezüge zu den Idealen eines Urban Designs vorhanden, das den Menschen zum Maß der Stadtentwicklung macht und sich an einer Vitalisierung urbaner Räume und einer an den Prinzipien der internationalen Nachhaltigkeitsziele basierenden Gestaltung von Stadt orientiert. Diese urbanen Aufwertungsprozesse bergen Risiken, wie etwa die Initiierung oder Verstärkung von Prozessen der Gentrifizierung oder der Kommunitarisierung von öffentlichem Raum. Diese Dilemmata sind vielen Stadtmacherinnen und Stadtmachern allerdings bewusst – und es bestehen vielerorts Ansätze, derartigen Entwicklung im Sinne einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung entgegenzuwirken. Das Stadtmachen ist dabei nicht nur eine Ressource zur Entwicklung von Stadt, sondern nutzt auch die Stadt selbst als Ressource, als Nucleus des Stadtmachens. Der „homo urbanis“ bildet mit seinen kreativen Milieus eine kritische Masse, aus der sich das Stadtmachen und die Stadtmacherinnen und Stadtmacher für sich entwickeln können.

„Stadtentwicklung als Ko-Produktion ist ein umfassender Politikansatz. [...] Entscheidend ist, dass hierbei die Rollen neu verteilt werden. [...] Die Konsequenz: Fragen nach der Verteilung von Macht und Verantwortlichkeiten müssen neu bearbeitet werden. [...] Ob sich ein solch offenes Verständnis durchsetzen kann? [...] Um sich Antworten zu nähern, müssen neue Arbeitsweisen erprobt werden. Dann wird man sehen, ob eine Stadtentwicklung möglich wird, in der bürgerschaftliche Gruppen eine stärkere Stimme erhalten und ihre Projekte aushandeln und umsetzen können. Zu wünschen wäre es, denn so können Bürger ihr größtes Startkapital

in Stadtentwicklungsfragen einbringen: nicht Geldmittel, sondern eine große Menge Kreativität, Engagement und soziale Netzwerke“ (Willing 2014, S. 154 f.)

Festzuhalten ist, dass es sich beim Stadtmachen um mehr handelt, als um einen zufälligen oder auch laienartigen Moment. Hier kommen zivilgesellschaftliche Einzelpersonen, Gruppen und Netzwerke zum Zuge, die substanzielle Kompetenzen und Ressourcen mit sich bringen: von sozialem Kapital und fachlichem Knowhow, Medien- und Mobilisierungskompetenz bis hin zur Akquise von finanziellen Mitteln. Das zivilgesellschaftliche Stadtmachen lässt sich in gewisser Weise auch als Unternehmung verstehen, bei der sich Akteure auf Basis der Prinzipien des DIY und des Do-it-together mit eigenen ökonomischen, kulturellen und sozialen Ressourcen dafür engagieren, eine soziale Rendite, einen Social Return on Invest für Nachbarschaften und Städte zu erzeugen. Die Praxis von Stadtmacherinnen und Stadtmacher steht dabei in direktem Bezug zu einem sie unterstützenden Feld des Entrepreneurships aus ressourcenstarken Akteuren, dessen Grenzen zum zivilgesellschaftlichen Stadtmachen nicht immer eindeutig konturierbar sind. Das Stadtmachen wird zusehends selbst zur Profession. Viele (eventuell auch zunehmend viele) Stadtmachende können das Stadtmachen nicht nur zur Berufung, sondern auch zum Beruf machen.

Ziel des Stadtmachens ist es nicht nur, Impulse für ein gutes Leben in einer lebenswerten Stadt zu setzen, sondern vor allem auch der Weg dorthin. Der zentrale Handlungsmodus des Stadtmachens ist eine faire, lösungs- und umsetzungsorientierte Kooperation mit anderen Akteuren, die darauf zielt, im Ergebnis gemeinsam mehr zu erreichen: über Kompromisse, Allianzen, Abwägungen, Aushandlungen, Einsichten und gegenseitige Lernprozesse. So „gut gemeint“ viele Stadtmacher-Initiativen zu Beginn oder ihrem Ansatz nach auch sind oder wirken: Der Einsatz für eine Idee, ein Projekt, eine Vision ist immer auch ein Einsatz gegen die Interessen anderer, mit anderen Vorstellungen, Idealen, Zielen und Prämissen. Das Stadtmachen ist von daher ein steter Prozess der Interessens-Aushandlung und -Abwägung und besteht in einer kontinuierlichen diskursiven Konturierung dessen, was letztlich als Gemeinwohl erachtet werden kann. Das Stadtmachen

ist ein kollaborativer Akt, der auf sich gegenseitig unterstützenden, also auf dem Prinzip des „enabling“ beruhenden Interaktion unterschiedlichster Akteure der Stadtentwicklung basiert und anknüpfungsfähig ist an das Konzept der Intermediarität bzw. an den Typus der Neointermediären. Der Handlungsmodus der Kooperation ist zudem eine mögliche Antwort auf die Frage nach den Lösungen für die zunehmend komplexer werdenden Zukunftsherausforderungen von Städten und Gemeinden, in Bezug auf die Idee des „Wissens der Vielen“, der Schwarmintelligenz, ebenso wie entlang einer pragmatischen Orientierung am Prinzip der Subsidiarität, der Aktivierung möglichst vieler – und eben auch zivilgesellschaftlicher – Ressourcen.

Das Stadtmachen stellt tradierte Prinzipien der Steuerung von Stadtentwicklung in Frage und kann einen substantiellen Beitrag für ein neues Paradigma einer kollaborativen Steuerung von Stadtentwicklung bieten, und zwar im Sinne einer gegenseitigen Lernaufgabe: Denn Stadtmacherinnen und Stadtmacher sind nicht nur eine „Ressource“, sondern auch „kritischer Gegenpol“ etablierter Stadtentwicklungsakteure. Vereinzelt entwickelt sich dieser kritische Impetus bereits zu einer politischen Strömung.

Stadtmachen ist unter dem Strich ein Element lokaler Demokratie. Es knüpft an unterschiedliche demokratische Modi an, u. a. die direkte Demokratie, das Zauberwort der „Urban Governance“ bzw. in Teilen auch an die repräsentative Demokratie. In den Zwischenräumen dieser demokratischen Modi lassen sich Tendenzen zum Entstehen einer Transitdemokratie erkennen, in deren Kontext die informellen, netzwerkartigen Bezüge des Stadtmachens auf diese unterschiedlichen demokratischen Modi gegenüber den etablierten formalen demokratischen Institutionen an Relevanz und Wirksamkeit gewinnen. Im Zentrum steht dabei das Stadtmachen als Lernort von Prozessen der Interessensaushandlung.

Die Debatte um die Stadtmacherinnen und Stadtmacher wird zwar seit einigen Jahren geführt, es ist aber noch offen, wohin sie führen wird. Noch sind Stadtmacherinnen und Stadtmacher Pioniere einer Urban Governance, deren Rahmenbedingungen den Anforderungen einer kollaborativen Stadtentwicklung noch nicht immer gut entsprechen können, auch wenn Stadtmacherinnen und Stadtmacher mittler-

weile zunehmend in den Fokus der Akteursförderung gelangen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass sich das Stadtmachen zu einem professionellen Akteursfeld der Stadtentwicklung entwickelt und über die konkreten Projekte des Stadtmachens wertvolle Impulse für eine Weiterentwicklung urbaner Steuerung und nachhaltiger, gemeinwohlorientierter Stadtentwicklung bietet. Es könnte von daher von Vorteil sein, wenn sich etablierte Stadtentwicklungsakteure und Stadtmacherinnen und Stadtmacher weiterhin aufeinander zubewegen, voneinander lernen und sich als Partner auf Augenhöhe begreifen.

Literatur

Brocchi, D. (2017): Urbane Transformationen. Zum guten Leben in der eigenen Stadt, Waldkirchen

Beck, S. (2019): Das Projekt Interkulturanstalten. Die Transformation einer Refugees-Welcome-Initiative in einen kulturellen Begegnungsort, in: Schnur, O., Drilling, M. und O. Niermann (Hg.): Quartier und Demokratie. Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots, S. 125-140, Wiesbaden

Beck, S., Kriemann, M. und C. Luchmann (2017): vhw-Studie „Stadtmacherinnen und Stadtmacher“. Zwischenergebnisse- Bürgergesellschaft zwischen Government und Urban und Urban Governance, in: vhw werk-STADT (11)

Beck, S., und O. Schnur (2016): Mittler, Macher, Protestierer. Intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung, Berlin

Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (2020): Glossar zur gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung, Berlin

Englert, Klaus (2008): Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Zum 100. Geburtstag von Alexander Mitscherlich – Psychoanalytiker und Stadtkritiker, in: Deutschlandfunk (Beitrag vom 17.9.2008)

Ferguson, Francesca/Urban Drift Projects (Hg.) (2014): Make_Shift City. Die Neuerhandlung des Urbanen, Berlin

Gehl, J. (2015): Städte für Menschen, Berlin

Gehl, J. (2016): Jan Gehl, der menschenfreundliche Architekt, in: Die Stadt planen (3/4), Deutschlandfunk, 24.01.2016, auf: <https://www.deutschlandfunk.de/die-stadt-planen-3-4> (Stand: 20.3.2020)

Gesemann, F., Kriemann, M., Seidel, A., Luchmann, C., Thal, T., Walz, S- und M. Mayer (2017): Stadtmacherinnen und Stadtmacher – Zur neuen Vielfalt intermediärer Akteure in Berlin in den Themenfeldern Stadtentwicklung und Flüchtlingspolitik. Abschlussbericht zur Explorationsstudie im Auftrag des Bundesverbands für Wohnen und Stadtentwicklung (vhw), Berlin

Gesemann, F, Seidel, A. und M. Mayer (2019): Entwicklung und Nachhaltigkeit von Willkommensinitiativen, in: vhw-Schriftenreihe (13), Berlin

Hamann, M. S., Hörster, S. und J. Rohr (2018): Muttersprache Stadtgestalten. Baugemeinschaften als Impulsgeber für eine nachhaltige Stadtentwicklung, Oldenburg

Haumann, S. (2005): Hausbesetzungen 1980–1982 in Hilden. Möglichkeiten der Mikroforschung für die Protestgeschichte, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen (34), S. 155-171

Hellkötter, K. und M. Menant (2016): Executive Summary. Key Finding and Major Recommendation, in: Robert-Bosch-Stiftung: Stadtmacher China Deutschland, Citymakers Recommendations 2016, S. 4-5, Berlin

Hermann, C., Walz, S. und E. Wiesemann (2018): Neue Wege zur kollaborativen Stadt, Thesen für eine neue Beteiligungskultur mit Stadtentwicklungsinitiativen in Berlin, Thesenpapier, Berlin

Holm, A. (2009): Recht auf Stadt – Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt, <https://gentrificationblog.wordpress.com/2009/07/29/recht-auf-stadt-soziale-kampfe-in-der-neoliberalen-stadt/> (Abgerufen am 15.12.2020)

Holm, A. (2014): Gentrifizierung – mittlerweile ein Mainstreamphänomen?, in: Informationen zur Raumentwicklung (4), Bonn, S. 277-289

Hotzan, J. (2004): dtv-Atlas Stadt. Von den ersten Gründungen bis zur modernen Stadtplanung, München

Hummel, K. (2013): Transitregionen und Transitdemokratie. Zum notwendigen Wandel der Bürgerbeteiligung in Zeiten demokratischer Übergänge in der Stadtentwicklung, in: PNDonline (1)

Jacobs, Jane (1963): Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Gütersloh/Berlin

Kellner, Christoph (2018): Graphik Recording zur Veranstaltung: „Neue Wege zur kollaborativen Stadt: Berliner Debatte mit Initiativen, Politik und Wissenschaft zur Beteiligungskultur ins Berlin-Neuköllner „Aquarium“ am 18. Juni 2018, Quelle: <https://www.vhw.de>

[de/nachricht/neue-wege-zur-kollaborativen-stadt-berliner-debatte-mit-initiativen-politik-und-wissenschaft-zur-b/?keywords=&cHash=bf0b2ed6cacece38fd8a6dd021599d2f](https://www.stadtentwicklung.de/nachricht/neue-wege-zur-kollaborativen-stadt-berliner-debatte-mit-initiativen-politik-und-wissenschaft-zur-b/?keywords=&cHash=bf0b2ed6cacece38fd8a6dd021599d2f) (Abruf: 15.12.2018)

Mitscherlich, Alexander (1965): Die Unwirtlichkeit der Städte, Frankfurt a.M.

Petrin, J., Naue, S., Wildhack, A. und S. Kohlschmidt (2020): Stadtmachen auf digitalen Plattformen, von Crowdsourcing bis Crowdfunding, 28 (intern)nationale Plattformen im Überblick, Berlin

Petrin, J. (2015): Smart Spaces. Der öffentliche Raum zwischen Digitalisierung und DIY-Urbanismus, in: Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (Hg.): Grüne Infrastruktur, Berlin, S. 74-84

Project für Public Spaces (2020): What is Placemaking? in: <https://www.pps.org> (Stand: 20.3.2020)

Raumlabor (2008): Acting in Public, Berlin

Rauterberg, S. (2013): Wir sind die Stadt“ Urbanes Leben in der Digitalmoderne, Berlin

Ring, Kristien/AA Projects/Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) 2013: Selfmade City. Berlin: Stadtgestaltung und Wohnprojekte in Eigeninitiative, Berlin

Roth, R. (2015): Intermediäre Akteure in einer „vielfältigen Demokratie“, in: Forum Wohnen und Stadtentwicklung (5), Berlin, S. 226-230

Schelle, Johanne (2020): Reallabor Radbahn – eine Verbindung zwischen Mensch und Stadt, <https://www.stadtmacher-akademie.org/reallabor-radbahn-eine-verbinding-zwischen-mensch-und-stadt/>, (Zugriff: 15.12.2020)

Smith, Neil (1996): The New Urban Frontier: Gentrification and the Revanchist City, New York

Speth, R. und E. Becker (2016): Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen, Berlin

Whyte, W.H. (1980): The Social Life of Small Urban Spaces“, New York

Impressum

vhw-werkSTADT
ISSN 2367-0819

Herausgeber

vhw Bundesverband für Wohnen und
Stadtentwicklung e. V.
Vorstand: Prof. Dr. Jürgen Aring
Bereichsleiter Forschung: PD Dr. Olaf Schnur

Redaktion

Laura Marie Garb

Sitz der Redaktion

Bundesgeschäftsstelle des vhw e. V.
Fritschestraße 27/28
10585 Berlin
T +49 30 390 473-175
F +49 30 390 473-190
E werkstadt@vhw.de
www.vhw.de

Autor

Sebastian Beck, Seniorwissenschaftler vhw e. V.

Erscheinungsweise

unregelmäßig

Bezug

Alle Ausgaben der vhw-WerkSTADT sind unter
<http://www.vhw.de/publikationen/vhw-werkstadt/>
kostenfrei herunterzuladen

Titelbildquelle

© vhw e. V. 2019